

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . . . Ks 16.-  
vierteljährlich . . . . . 48.-  
halbjährig . . . . . 96.-  
jährlich . . . . . 192.-

Abschließung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbindung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Monats täglich früh.

11. Jahrgang.

Freitag, 23. Jänner 1931

Nr. 20.

## 11 Millionen Arbeitslose in Europa.

Genf, 22. Jänner. Am nächsten Montag teilt im Internationalen Arbeitsamt eine Kommission von Sachverständigen zusammen, die den Auftrag hat, über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit praktische Vorschläge zu machen.

Aus einer heute herausgegebenen Aufzeichnung des Internationalen Arbeitsamtes über den Stand der Arbeitslosigkeit der Welt geht hervor, daß die Zahl der Arbeitslosen in Europa auf 11 Millionen und in der ganzen Welt auf etwa 20 Millionen geschätzt wird. In Europa ist die Zahl der Arbeitslosen ungefähr doppelt so hoch, wie um dieselbe Zeit im vergangenen Jahr.

## 5,3 Millionen Arbeitslose in den Vereinigten Staaten.

Der Pressedienst des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes schreibt über den derzeitigen Stand der Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten: Der Arbeitslosenprozentfuß für das ganze Land (organisierte und unorganisierte Arbeiter) stellte sich im Dezember auf 16,5 gegen 15,9 im Monat November. Unseren Schätzungen zufolge gab es in allen Industrien der U. S. A. im Monat Dezember 5,3 Millionen Arbeitslose, gegen 5 Millionen (revidierte Zahl) im Monat November. Während die Arbeitslosigkeit im Monat November unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern in normalem Umfang zunahm, war die Zunahme unter den unorganisierten Arbeitern wesentlich größer. Die Zahlen für den Monat Dezember zeigen, daß sich die Arbeitsmarktlage in der Metallindustrie (die als Gradmesser für die Konjunkturschwankungen immer von besonderer Bedeutung ist, v. Red.) nicht verschlechtert hat. Hingegen ist der Arbeitslosenprozentfuß im Textilarbeiterstand im Dezember auf 27 gegen 25 im Monat November. Ferner sind Zunahmen festzustellen im Theatergewerbe, in Fabrikbetrieben (hier war die Zunahme am höchsten) im Handel, Transportgewerbe (Eisenbahnen, Wasserwege, Straßentransport) sowie unter den Küstern. Unter den Küstern ist die Arbeitslosigkeit so groß wie bei den Bauarbeitern.

## Neuer Mordanschlag.

Berlin, 22. Jänner. (Eigendruck.) Eine neue politische Mordtat hat sich in der vergangenen Nacht in dem Kölner Vorort Sülz abgespielt. Ein dreißigjähriger Kommunist, der von einigen Parteigenossen nach Hause begleitet worden war, wurde vor seiner Wohnung von vorübergehenden Nationalsozialisten erschossen. Er war sofort tot. Die Polizei verhaftete vier Nationalsozialisten, diese bestreiten aber die Tat. Es besteht aber kaum ein Zweifel, daß sie die Mörder des Kommunisten sind. Die Mordtat geschah ohne jede äußere Veranlassung. Der Ermordete war als besonders ruhiger und fleißiger Arbeiter bekannt, der politisch in keiner Weise hervortrat.

## Italienische Militärmission für Bulgarien

Paris, 22. Jänner. Die Blätter verzeichnen die Meldung, daß im Laufe des Monats März die italienische Militärmission mit dem General Valle an der Spitze in Bulgarien ihre Tätigkeit beginnen wird. Die Mission wird mit der Reorganisation der bulgarischen Armee auf den modernsten Grundlagen betraut werden.

## Amnestie für Gandhi?

Delhi, 22. Jänner. (Reuter.) Die Gerüchte über eine Amnestie der politischen Gefangenen erhalten sich anhaltend und man erachtet es als sicher, daß der Vizekönig ehestens die Freilassung Gandhis und der übrigen Mitglieder des Kongresses aus dem Gefängnis anordnen werde.

## Neuer deutscher Gesandter für Warschau

Berlin, 22. Jänner. Nachdem das Abkommen der polnischen Regierung für den neuen deutschen Gesandten in Warschau den vortragenden Legationsrat von Rolke, eingetroffen ist, wird den Blättern zufolge die offizielle Ernennung nach Rücksprache des Reichsaussenministers vollzogen werden.

## Kabinett Steeg gestürzt.

Kammer mißbilligt die Politik des Landwirtschaftsministers.

Paris, 22. Jänner. Die Regierung Steeg wurde mit 293 gegen 283 Stimmen bei der entscheidenden Abstimmung über die Tagesordnung, wodurch die Debatte über die Interpellation, betreffend ihre Landwirtschaftspolitik, abgeschlossen wurde, geschlagen. Vor der Abstimmung hatte der Ministerpräsident namens der Gesamtregierung die Vertrauensfrage gestellt.

Infolge der Entscheidung der Kammer ist somit die Regierung zur Gesamtdemission gezwungen.

## Schon vorher schwere Differenzen im Kabinett.

Ministerpräsident Steeg berief heute Vormittag einen außerordentlichen Kabinettsrat ein, der über zwei Stunden dauerte und dessen Verlauf sehr bewegt war.

Im Hinblick auf den andauernden Konflikt innerhalb der Regierung teilte der Ministerpräsident bei Eröffnung des Kabinettsrates mit, er beabsichtige, heute Nachmittag dem Präsidenten der Republik die Gesamtdemission zu überreichen.

Fast einstimmig sollen alle sämtlichen Kabinettsmitglieder ihre Ansicht zum Ausdruck gebracht haben, daß der Konflikt Boret-Meyer in keiner Weise die Autorität des Kabinetts tangiere und daß daher eine Demission der Regierung nicht nötig sei.

Minister Boret und Unterstaatssekretär Meyer erklärten hierauf, sie seien bereit zu demissionieren, um durch ihren Konflikt nicht den Bestand der Regierung zu gefährden. Dadurch schien die Lage gelöst, aber es entstand ein neuer Konflikt als bekannt wurde, in welcher Weise Minister Boret seinen Eintritt im Demissionsverfahren begründen wolle. Die Kabinettsmitglieder des Landwirtschaftsministers über Interesse an landwirtschaftlichen Fragen in Zweifel gezogen werden konnte. In diesem Punkte gelangte man zu keinem Uebereinkommen und daher wurde beschlossen,

daß die Regierung es der Kammer überlasse, den Konflikt der beiden Kabinettsmitglieder zu entscheiden

und zwar bei Gelegenheit der Debatte über die Interpellation.

Die Kammerausprache über die Interpellation wurde erst um halb 7 Uhr abends eröffnet. Der Interpellant warf dem Landwirtschaftsminister Boret vor, daß er seine Absicht hinsichtlich der Erhöhung der Getreidepreise auf 175 Franken vorher öffentlich angekündigt habe. In der Pariser Produktendörse seien die Getreidegeschäfte am Tage nach der Ausrufung des Ministers Boret schonmal so groß wie am Tage vorher gewesen. Auch machte Deputierter Buzot dem Landwirtschaftsminister den Vorwurf, daß er im Privatleben Getreidehändler sei. Schließlich beantragte der Redner, daß der Landwirtschaftsminister durch die öffentliche Bekanntheit seiner Pläne nicht den Landwirten, sondern den Spekulantem gedient habe.

Der Minister verteidigte seine Politik gegen die Angriffe des Deputierten Buzot. Er habe sich bloß bis zum Jahre 1910 mit dem Getreidehandel befaßt und dann diese Beschäftigung aufgegeben, da er sie mit seinem Mandat für unvereinbar hielt.

Zum Schluß ergriff Ministerpräsident Steeg das Wort und ersuchte die Kammer, die Tagesordnung anzunehmen, die der Regierung das Vertrauen ausdrückt.

Das Ergebnis der Abstimmung wurde im Hause um 21.45 Uhr bekannt und auf der rechten und im Zentrum mit stürmischem Beifall begrüßt. Ministerpräsident Steeg und sämtliche anwesenden Kabinettsmitglieder verließen, von der Linken mit Beifall begrüßt, sofort die Regierungsbänke. Es wurde unverzüglich der Text der Demission der Gesamtregierung redigiert und um 22 Uhr wurden sämtliche Kabinettsmitglieder in das Elisee, wo sie dem Präsidenten der Republik die Demission überreichten.

## Geheimtätigkeit wegen der Abrüstungskonferenz

Genf, 22. Jänner. Der Völkerbundrat hat heute, entgegen den ursprünglichen Absichten, die Aussprache über die deutschen Beschwerden bezüglich Oberschlesiens unterbrochen. Es fand in den frühen Vormittagsstunden eine nicht öffentliche Sitzung des Rates statt, in der, wie verlautet, der Termin und der Ort der Abrüstungskonferenz und die übrigen noch nicht erledigten Fragen, wie z. B. der Antrag der deutschen Regierung auf die Offenlegung des gesamten Rüstungsstandes, besprochen worden seien.

Die Aussprache über die oberschlesische Frage wird in einer der nächsten Sitzungen fortgesetzt. In der heutigen Ratssitzung werden andere Punkte der Tagesordnung, die von weniger großer Bedeutung sind, erledigt.

Eine weitere Meldung besagt:

Um halb 6 Uhr abends traten die Ratmitglieder zu einer zweistündigen geheimen Sitzung zusammen.

## Der Rat will bald nach Hause

Curtius erhebt Einspruch.

Genf, 22. Jänner. In nichtöffentlicher Sitzung bemerkte Henderson, daß sich eine Beschleunigung der Arbeiten empfehlen würde, damit der Rat am Samstag seine Tagung abschließen könne. Demgegenüber verwies Dr. Curtius darauf, daß sich die Beendigung der Tagung nicht genau bestimmen lasse, weil sehr wichtige Angelegenheiten, wie z. B. die Frage des polnisch-deutschen Minderheitenkonfliktes und die Remittenzfrage, entschieden werden müssen. Es wäre nicht gut, die Arbeiten zu überhasten, da es der meritatorischen Entscheidung zum Schaden gerächen würde. Henderson anerkannte, daß es sich nicht um einen Ernst handle und daß vielleicht der Rat im Bedarfsfalle auch über den Sonntag hinaus beisammen bleiben könne.

zusammen. Es wurden wiederum besonders die mit der Abrüstungskonferenz zusammenhängenden Fragen behandelt. Die Teilnehmer an der Beratung lehnten jede Neuherzung Journalisten gegenüber ab. Alles deutet darauf hin, daß auch heute keine Entscheidung über die Frage des Vorlesenden, ja nicht einmal über den Ort und den Termin der Abrüstungskonferenz gefaßt ist, wenn auch die Ratmitglieder heute vormittags in Privatgesprächen bereits andeuteten, daß die Abrüstungskonferenz im nächsten Jahre gleich nach der Jänner-Tagung des Völkerbundesrat zusammengetreten werde. Was den Konferenzort anbelangt, so scheint Genf als Tagungsort gefastert zu sein.

Morgen vormittags findet keine Sitzung statt. Es werden nur Verhandlungen von Delegation zu Delegation, namentlich in Angelegenheit des polnisch-deutschen Minderheitenkonfliktes stattfinden.

## Die Sklaverei in Liberia.

Genf, 22. Jänner. Der Völkerbundrat befaßte sich heute u. a. mit dem Bericht und der Empfehlung der dreigliedrigen Untersuchungskommission über die Verhältnisse in der Republik Liberia. Diese Kommission gelangte zu dem Schluß, daß zwar in Liberia das Sklaventum in seiner berechtigten Form nicht mehr existiere, daß man aber noch von Sklaverei unter den Stämmen sprechen könne. Gleichfalls zugelassen sei auch noch das System der Bürger, welches von einigen hohen Amtspersonen groß mißbraucht wird. Weiters besteht in Liberia noch die Zwangsarbeit beim Straßenbau usw. und auch hier treten Fälle großen Mißbrauches auf. Weiters wird der Bericht gemacht, daß die Arbeitskräfte in Liberia in wucherischer Weise ausgebeutet und nach Geschäftsprinzipien exportiert werden. Vielsach wisse der Arbeiter nicht, wohin er reife. Die Kommission hat eine Reihe von Vorschlägen an die Republik Liberia gemacht, damit diesem Unfug ein Ende gemacht werde.

## Der Skandal der nationalistischen Nebenregierungen.

Ein Wort zu Volkszählung.

Das „Moravské Slovo“, ein nationalistisches Blatt, das dem Brünnner Bürgermeister nahesteht, hat dieser Tage die Nachricht gebracht, daß der Prozentsatz der Deutschen in Brünn unter die berühmten 20 Prozent gesunken sei, die in diesem Staate die Voraussetzung für die staatsbürgerliche Gleichberechtigung sind. Es wäre in Brünn wie in Olmütz und anderwärts eine Aenderung, die sich lediglich bei den Gerichten und nicht in der städtischen Verwaltung auswirken würde, da man ja auch bei vorhandenen 20 Prozent den Deutschen die Gleichheit auf den Straßentafeln und anderen Reservaten des nationalen Stolzes vorenthalten hat. Aber davon soll hier nicht die Rede sein. Standaals ist nur die Tatsache, daß nun zum fünfundsiebzigstenmal Volkszählungsergebnisse publiziert werden, ohne daß vom statistischen Staatsamt die Resultate schon freigegeben wären. Ja das statistische Staatsamt erklärt auf eine Anfrage mit allem Nachdruck, daß die Zählung für Brünn noch nicht abgeschlossen sei und daß noch keine Mitteilung an die Öffentlichkeit ergangen sei. Wer hat also außer dem statistischen Staatsamt gezählt? Wer hat die Zählbogen kontrollieren können oder wer war in der Lage, im statistischen Staatsamt selbst in Zählbogen oder in Zählergebnisse Einblick zu erhalten?

Ob nun die von privater Seite mitgeteilten Zählergebnisse von Brünn, Olmütz, Ostrau und anderen Orten und Bezirken den amtlichen Angaben entsprechen oder nicht, auf jeden Fall muß hier eine private Zählungsaktion nebenher gegangen, also ein ungesetzlicher Vorgang erfolgt sein! Was gedenkt das Ministerium des Innern gegen diese unzweifelhafte Gesetzesverletzung, die vielleicht sogar einen Bruch des Amtsgeheimnisses durch staatliche Beamte zum Inhalt hat, zu unternehmen? Wir brauchen wohl nicht erst hinzuzufügen, daß es hier nicht nur um ein Interesse der nationalen Minderheiten, sondern auch um eine Prestigefrage des Staates geht. Unsere Volkszählung ist der Gegenstand einer Beschwerde an den Völkerbund geworden. Sie wird im Ausland heftig bespottet. Man wird nicht mit dem täglich verhandelten Moralpathos der „Prager Presse“ und mit dem feinen Tsch, daß die Zählung im Staatsamt international kontrolliert werden möge (— es hat kein Mensch die Zählmaschinen des Staatsamtes einer Fälschung verdächtigt!) sein Auslangen finden, wenn man die Volkszählung vor dem internationalen Forum wirklich als einen halbwegs objektiven Akt darstellen will. Und man möge sich gefastert lassen, daß von der deutschen Publizistik aller politischen Lager kein Wort der Rechtfertigung oder Entschuldigung zu erwarten ist, wenn die zuständigen Behörden nicht wenigstens den guten Willen bekunden, dem Treiben der Miquen und Nebenregierungen ein Ende zu bereiten.

Wenn das privat mitgeteilte Zählungsergebnis in Brünn dem amtlichen entspricht, so wäre ja in Brünn selbst die ganze Unseriosität der Volkszählung erwiesen. Denn in Brünn haben die Deutschen bei Gemeinde- und Parlamentswahlen weit mehr als zwanzig Prozent der Stimmen erzielt. Nun kann das Wahlergebnis eine Korrektur durch den verschiedenen Anteil der Nationen an den jüngeren Jahrgängen erfahren, aber es wird sich an der Altersstatistik wiederum feststellen lassen, ob diese Korrektur tatsächlich instande wäre, die Zahl der Deutschen in Brünn unter 20 Prozent herabzubringen. Die tschechischen Nationalisten hätten allen Grund, sich mit ihrem Erfolge nicht so laut zu rühmen! Sie könnten leicht zu groß ausgefallen sein und die Praktiken verraten, mit denen die Nebenämter die Instruktionen des Innenministeriums durchkreuzt haben!



Die Einwände, die gegen die tschechoslowakische Volkszählung von Ungarn erhoben werden, leiden an zwei Defekten: sie kommen zunächst von einer Seite, die der moralischen Autorität zur Kritik ermangelt, und sie treffen nicht das Wesentliche, wenn sie das Innenministerium selbst und das statistische Staatsamt angreifen. Beide Umstände erleichtern der „Pr. Presse“ und dem Präsidenten Auerhan das Ausweichen aus einer heißen Situation. Entrüstet weisen sie die Anwürfe von sich, Herr Auerhan appelliert sogar an Deus und das Staatswappen und verkündet laut „Die Wahrheit siegt“ — was man in einem Glashaufe besser unterläßt. Es werden sich aber außer den wenig fertigen Ungarn noch andere Körperschaften zu Worte melden und aufzeigen, wie schon bei der Ernennung der Kommissare und dann bei der Durchführung der Zählung die Weisungen des Ministeriums durch die Intriguen der Tschechisierungsvereine durchkreuzt wurden. Die „Bohemia“ hat erst dieser Tage sehr beweiskräftige Details aus Südböhmen publiziert und die sonst so geschäftige „Pr. Presse“ hat diese wie zahlreiche andere konkrete Fälle mit Schweigen übergangen. Sind die Nachenschaften der Nebenregierungen bei der Zählung selbst ein Kapitel, das noch lange nicht abgeschlossen ist, so stellen die ungeschicklichen Publikationen einen anderen und für sich recht skandalösen Fall dar. Sie müssen das Vertrauen der Staatsbürger in den Beamtenapparat erschüttern und sollten auch denen zu denken geben, die eine nach zwei Seiten — dem Staate und den nationalistischen Vereinen und Klüngeln — verpflichtete Beamenschaft für eine besonders sichere Garantie der Ordnung und Wohlfahrt im Staate halten.

Tatsächlich ist es so, daß der bloße Bestand von Vereinen, die sich in alle Verwaltungszweige mengen, Beamtenernennungen beeinflussen, das Avancement und die Beförderungen kontrollieren und dafür von den Beamten Indiskretionen und geschwätzte Unterstützung fordern, daß die bloße Existenz derartiger einflussreicher Verbände die Beamtenenschaft korumpiert, die Rechtsicherheit in Frage stellt und das Fundament der staatlichen Verwaltung unterhöht. Von dieser Art Korruption, die mit Geld nichts zu tun haben mag, aber dennoch ein Abwärtswort der Beamtenenschaft von ihrer Pflicht dem Staate gegenüber bedeutet, ist eben nur ein Schritt zur wirklichen Korruption. Warum soll der Beamte, der einer Jeddota zuliebe das Amtsgeheimnis ungefragt brechen, ja noch der Förderung und Auszeichnung gewillt sein darf, nicht einer „nationalen“ Zeitung, also etwa der Boulevardpresse Stillschweigen eine Information geben, die doch der „nationalen Sache“ nützt? Und hat er einmal das getan, warum soll er, der auch sonst durch allerhand Auszeichnungen für seine nationalistische Tätigkeit belohnt wird, nicht auch Geld dafür annehmen, daß er sich den nationalistischen Klüngeln nützlich erweist? Die geschwätzte Publikation der Volkszählungsergebnisse zeigt an, daß in der Bürokratie des Staates sehr viel faul ist, und so kurzfristig kann doch kaum eine der „staats-

erhaltenden“ Parteien sein, daß sie die Gefahren nicht erkannte, die aus solchem Fäulnisprozeß erwachsen.

Wir hatten den Fall Falout — wichtige Akten im Heeresministerium konnten von einem untergeordneten Offizier entwendet werden; wir hatten die Affäre Dvorak und die Affäre Sinec, über die man weiter nichts zu sagen braucht; wir hatten die Affäre des

Preßbüros — wichtige Akten lagen auf den Tischen und ein Beamter konnte sie dem Hri Sedrem verschachern; wir haben nun in wiederholten Fällen eine Affäre der Behörden, die mit der Volkszählung zu tun hatten. Ihre Häufung bedeutet einen öffentlichen Skandal. Es liegt an den Verantwortlichen, zu verhindern, daß ein europäischer Skandal daraus werde!

## Den Arbeitslosen muß Hilfe werden!

Genosse Dr. Heller fordert ausreichende Maßnahmen zur Milderung der Krise.

Prag, 22. Jänner. Die erste Gelegenheit, die sich seit der ungebührlichen Verlängerung der parlamentarischen Weihnachtsferien bot, benützte heute im Senat Genosse Dr. Heller, um bei Beratung einer volkswirtschaftlichen Vorlage das Arbeitslosenproblem in seinem ganzen Umfang aufzutrollen und an die Adresse der bürgerlichen Mehrheit und des Finanzministers einen ernstlichen Appell zu umfassen, dem Ernst der Sachlage entsprechenden Maßnahmen zu richten.

Ziel ist gewiß bisher schon — dank der Tätigkeit der sozialistischen Minister — zur Beseitigung der Krise gesehen; aber angesichts des riesigen Umfangs der Krise, die immer noch von Tag zu Tag wächst, erweisen sich die bisher getroffenen Vorkehrungen als unzureichend.

Die Vorschläge und Forderungen, die Genosse Dr. Heller namens unserer Partei im einzelnen vorgebracht, mögen nicht nach dem Geschmack bürgerlicher Politiker sein, die den Arbeitslosen gegenüber die Taschen doppelt und dreifach zugewandt halten und Sparsamkeit am unrichtigen Fleck predigen; vielleicht auch nicht nach dem Geschmack des Finanzministers, der über die Anleihepolitik eines konsolidierten Staates keine bekannten Prinzipien vertritt. Aber es gibt keinen anderen Ausweg, als daß der Staat mit ausreichenden Mitteln eingreift, wo die Not am höchsten ist. Und diese Mittel müssen einfach herbeigeschafft werden! Je eher sich dieser Schritt für die nächsten politischen Verhandlungen zu konkreten Formen durchdringt, desto besser für den Staat, seine Bewohner und seine Wirtschaft!

Genosse Dr. Heller führte u. a. aus:

Es ist unbedingt notwendig, daß wir in diesem Zusammenhang von der Wirtschaftskrise überhaupt sprechen. Die Zustände im Staate müssen nach und nach

zu Ausbrüchen des allgemeinen Unwillens führen,

die sich nicht einfach mit Gendarmerie oder mit dem Gewehr niederschlagen lassen. Die köpfige Zählung der Zahl der Arbeitslosen von Ende November bis Ende Dezember sollte uns zu denken geben. Von den 200.000 Arbeitslosen entfallen mehr als 100.000 allein auf Böhmen, davon 80.000, also rund 55 Prozent auf das deutsche Gebiet! Allerdings zeigen die letzten Ausweise, daß die Arbeitslosigkeit auch in einer Reihe von tschechischen Bezirken innerhalb eines Monats auf das Doppelte und Dreifache gestiegen ist. Die Krise ist also unsere gemeinsame Sorge, ohne Rücksicht auf die Nationalität! Der Arbeiter ist ja das schuldigste Opfer der Krise, er kann nichts dafür, daß die kapitalistische Gesellschaft nicht imstande ist, Ordnung zu machen. Es ist Sache des Staates und der Gesellschaft, diese schuldlosen Opfer der Krise vor Rot, Elend und Hunger zu schützen.

Die bürgerlichen Parteien treiben eine sehr schlechte Politik, wenn sie jedem Versuch unserer-

seits, ausreichende Mittel zur Bekämpfung der Krise bereitzustellen, immer und immer wieder Widerstand entgegensetzen und wenn ihnen fast jeder Heller erst abgerungen werden muß.

Nach der Rückgang unserer Kohlenproduktion ist der beste Gradmesser für den ungedeckten Umfang, den unsere Krise genommen hat. Dabei läßt sich die Anzahl der Kurzarbeiter ja nicht erfassen, sie geht natürlich in die vielen Hunderttausende. Der dritte Gradmesser für die Krise sind die erschreckenden Ziffern unserer Handelsbilanz. Nicht nur infolge des Preisrückganges, sondern auch in der Menge ist unsere Ausfuhr in den allermeisten Industrien erheblich zurückgegangen. Wenn auch unsere Handelsbilanz im Jahre 1930 höher aktiv ist als 1929, so ist dies auf den noch stärkeren Rückgang unserer Einfuhr zurückzuführen.

Es ist auffallend, wie wenig sich unsere Industrie um alle diese Dinge kümmert. Als der Finanzminister die Erwerbssteuer ein wenig hinaufsetzen wollte, hat die ganze Industrie mobil gemacht, um dieses „archaische“ Mittel zu verhindern. Jetzt, wo es sich um große wirtschaftliche Interessen derselben Industrie handelt, scheinen ihre berufenen Vertreter in den Gebirgen versunken zu sein. Wir sehen und hören nichts von ihnen. Und warum das? Weil die Industrie glaubt, daß sie alles, was sie durch die Krise, durch die Kündigung des ungarischen Handelsvertrages und durch andere Bedrohungen unserer Wirtschaft verliert, am Ende der Arbeiter wieder hereinbekommen wird; weil sie durch Lohnherabsetzung wieder hereinzukommen sucht, was sie durch die Krise verliert. Das ist natürlich das schlechteste und allerfauchste Mittel, um unserer schwer bedrohten Wirtschaft wieder aufzuhelfen!

Wir sind ganz bestimmt nicht imstande, die Krise zu beseitigen.

Aber Aufgabe und Pflicht der Gesellschaft und des Senates muß es sein, ihre Folgen für die von der Krise betroffenen Schichten zu mildern. Das müssen wir immer und immer wieder sagen! Es gibt verschiedene Mittel. Was produktive

## Konturs- und Ungleichsordnung angenommen.

Nach Eröffnung der Sitzung wird unter Ausstellung der Tagesordnung zunächst der Handelsvertrag mit Rumänien in Verhandlung gezogen.

Referent Dr. Kozloň erinnert daran, daß bisher mit Rumänien lediglich ein Rahmenvertrag aus dem Jahre 1921 und ein Veterinärabkommen aus dem Jahre 1924 bestand, die keine politischen Bestimmungen enthielten. Unser Handel mit Rumänien war in den letzten Jahren durchschnittlich mit 240 Millionen aktiv. Aus Rumänien werden zu uns außer Mineralien fast nur landwirtschaftliche Produkte eingeführt, unsere Ausfuhr besteht in Industrieprodukten. Der Vertrag gilt auf drei Jahre und ist erst drei Monate vor Ablauf dieser

Arbeitslosenfürsorge möglich ist, soll sie angewendet werden. Wir verlangen mit aller Entschiedenheit, daß unsere Gemeinden hierin vom Staat noch allen Kräften unterstützt werden. Es geschieht dies zum Teil schon, aber in durchaus unzureichendem Maße. Es gibt aber weite Gebiete, wo auch mit der produktiven Arbeitslosenfürsorge nichts zu machen ist, weil die Gemeinden das einfach nicht leisten können. Hier muß eine direkte Hilfe des Staates einfließen. Das gesamte System der Arbeitslosenunterstützung, das gegen unseren Widerspruch eingeführt wurde, reicht in Krisenzeiten nicht aus. Die Arbeitslosentassen vieler Gewerkschaften sind heute einfach leer und die Gewerkschaften können von der Bestimmung über die Krisenunterstützung vielfach gar keinen Gebrauch machen. Deshalb verlangen wir in erster Linie für die organisierten Arbeiter

ausreichende Beiträge des Staates an jene Gewerkschaften, die infolge der Krise nicht imstande sind, den Forderungen nachzukommen, die an ihre Arbeitslosentassen gestellt werden. Dabei protektieren wir mit aller Entschiedenheit dagegen, die Arbeitslosentassen mit dem sonstigen Vermögen der Gewerkschaften in einen Topf zu werfen, das für andere Zwecke unberührt bleiben muß.

Unter den Arbeitslosen und den Kurzarbeitern gibt es heute schon hunderttausende Unorganisierten. Für diese und für einen Teil der Organisierten wurde die Hilfsaktion eingeleitet, die in ihrem heutigen Umfang bei weitem nicht zureicht.

Wir verlangen, daß der 150 Millionenkredit zur Milderung der Folgen der Krise in erster Linie zur Unterstützung ihrer schuldlosen Opfer, das ist der Arbeitslosen, der Kurzarbeiter und deren Familien verwendet wird, und zwar so rasch als möglich. Keine Krankheit irgend eines Ministers darf Anlaß dazu sein, daß Menschen verhungern!

Wir fordern, daß raschestens ausreichende Mittel bereitgestellt werden, um diesen Teil der Arbeiterchaft vor dem Verhungern, vor Rot und Elend zu beschützen.

Wir sind auch der Ansicht, daß mit der Tradition, als dürfe die Tschechoslowakei keine Anleihe aufnehmen, gebrochen werden muß.

Dieser Grundsatze mag in normalen Zeiten seine Richtigkeit haben, aber wie leben heute in krisenhaften Zeiten, in denen die aus Steuern, Abgaben usw. dem Staat zufließenden Mittel nicht mehr hinreichen. In außerordentlichen Zeiten müssen außerordentliche Mittel angewendet werden. Sogar das Finanzministerium ist es, zu erwidern, ob man die notwendigen Mittel für Investitionskredite im Wege einer inneren oder einer äußeren Anleihe beschaffen soll, jedenfalls aber verlangen wir auf das entschiedenste, daß auch auf diese Weise der Versuch unternommen werde, durch großzügige Investitionen die Krise und die Rot zu mildern! (Beifälliger Beifall.)

Präsident Mandelberg. Vorher kann er jedoch einmonatig gefähigigt werden, wenn ein Schlichtergericht entscheidet, daß durch autonome Maßnahmen das Gleichgewicht der wirtschaftlichen Beziehungen zum Schaden einer der Vertragsparteien gestört wurde.

Zur Vorlage spricht ein kommunistischer Redner, der die politischen Verhältnisse in dem „verbländeten“ Rumänien einer scharfen Kritik unterzieht und sich über die künstliche Hervorbringung von Spionageaffären bei uns beschwert; die kommunistische Partei besaße sich nicht mit Spionage, aber sie halte es für ihr heiliges Recht, daß die aus der Arbeiterklasse hervorgegangenen Soldaten die Verbindung mit ihrer Klasse aufrecht erhalten und ihr treu bleiben.

## Die goldene Galeere

Ein Roman aus der Filmindustrie. Von Fritz Kollentz.

Copyright 1930 by E. Schöner Verlagsgesellschaft, Berlin.

Ein Chambre separate war aufgebaut, so riesenhaft in den Raumverhältnissen und so verschwenderisch ausgestattet, wie es eben nur in Filmen zu sein pflegt. Der Darsteller des Helden war instruiert, die Champagnerflasche bereit, das Licht eingestellt, Betrachter und Tonoperateur auf ihren Plätzen, die Aufnahme-schnecke am Apparat, ein Signal, und die Szene, die die Anwesenden von den Proben her bis in die kleinste Geste und bis in das kleinste Wort genau kannten, sollte ab.

Neben Prager stand die Bing, im Kleid ihrer Rolle, geschminkt, gar nicht so jugendlich und schon wie auf den Fotos, die durch die illustrierten Zeitungen gingen, gar nicht so lieblich, wie sie angeblich in der Phantasie der Männerwelt mehrerer Erdteile herzenbrechend durch dieses Tal der Tränen schritt. Nervös wippte ihr Fuß, ihre Mundwinkel spielten, sie ließ keinen Blick von Eldrid, immer deutlicher, immer absichtlicher zeigte sie ihre Ungeduld, und als die Aufnahme unterbrochen wurde, weil der Apparat näher an den Tisch herangebracht werden sollte, machte sie endlich ihrem Unwillen Luft. Wann denn endlich diese vollkommen überflüssige Szene zu Ende sei, und wann sie daran komme, und wer ihr denn zumute, ihre wertvolle Zeit zu vertrödeln, weil der Herr Regisseur von seinem neuesten Viebschen nicht genug Großaufnahmen machen könne? Sie werde das Atelier verlassen, wenn nicht sofort ihre Szenen gedreht würden, und überhaupt hätte die Szene nicht so lang zu sein, wen interessiere denn schon dieses unbegabte Fräulein, das da wie eine Pachtelzehe sich benehme, ohne Scham und ohne

Talent. Das ganze Atelier ließ die Arbeit stehen, alle liefen herbei, um den Toblich-Anfall der eifersüchtigen „Naiden“ mitanzusehen. Neben dem Statisten im Frack stand der Beleuchter in seinem Arbeitskitel, mit schwarzen Händen, neben dem fremden ordensgeschmückten Militärottochse, der im Nachhinein des Nebenateliere verkehrte, stand die geduldige Garderobierin der Bing, an die Ausdrücke ihrer Herrin gewöhnt, ihren Ablauf ruhig und gelöst abwartend. Hätte man diese Szene gedreht, sie wäre sicher bewegter und interessanter gemein als die gekrampften lustlosen Lustspiele und die tränenselbstenden Situationsdramen, die unter Mandelbergs geistiger Leitung zum Wohl seines Bankkontos und zum Leidwesen des Publikums ansonsten hergestellt wurden.

Nur die beiden Hauptdarsteller, Prager, der direkte, und Eldrid, der indirekte Anlaß und Mittelpunkt des Temperamentstreffes, verhielten sich, als ginge dies alles für sie nichts an. Ein Augenwinkeln des Regisseurs sagte Eldrid, daß sie Anlaß Anfall nicht beachten sollte; Prager selbst ging in dem kleinen Kreis, den die Regiergen um die Bing noch freigelassen hatten, auf und ab, so etwa wie man in einer engen Gebirgshütte auf und ab geht, um das Ende eines Semesters abzuwarten, das einen unterwegs überfallen hat. Es fehlte nicht viel, und Prager hätte sich die Ohren zugehalten, aber dieses Maß an Rücksicht war der Geliebten des Geldgebers gegenüber doch nicht rasiem. So mußte der Wollenbruch schon fortdauern, bis die Massen des göttlichen Jorns erschöpft waren; und das währte seine Zeit.

Als die Bing einen Weintrampf samt Ohnmacht markiert und gedroht hatte, sofort Mandelberg herbeizurufen und tatsächlich in der Telefonzelle verschwand, gab Prager ruhig den Auftrag, die Apparate in die neue Stellung zu bringen und die Aufnahme fortzusetzen. In Eldrid gewendet sagte er mit einer sanften Güte

in der Stimme, die sie in ihm gar nicht kannte: „Wenn Sie mir für das, was ich heute für Sie tue, danken wollen, dann machen Sie es später einmal, wenn Sie berühmt sind, nicht wie die Bing.“

Der nächste Tag war Sonntag und aufnahmefrei. Ein großer Ballsaal wurde errichtet, der fast das ganze Atelier einnahm. Mandelberg hatte Prager in sein Büro gebeten und ihm die Beschwerde Anitas unterbreitet. Er nahm sie nicht sehr ernst, es war nicht der erste derartige Fall, er wollte aber seine Ruhe haben und versuchte deshalb Prager zu bewegen, sich bei Anita zu entschuldigen.

„Ich habe nur meine Pflicht getan“, sagte Prager. „Ich habe eine im Drehbuch vorgeschriebene Szene so gedreht, wie es vorgegeben war. Ich habe nicht mehr Zeit dazu gebraucht als jeder andre Regisseur an meiner Stelle gebraucht hätte. Nun soll ich mich entschuldigen, weil das hübsche Gesicht einer begabten Anfängerin den allerhöchsten Unwillen der Bing erregte?“

Mandelberg beschwichtigte ihn. Er holte das verlässlichste Beruhigungsmittel für Prager, den Likör und die Zigarettenkassette, warf eigenhändig Pragers halb abgebrannte, erkalte Zigarette in den Aschenbecher, schnitt die Spitze einer neuen ab und hielt Prager ein brennendes Zündholz hin.

„Sie wissen doch, wie die Dinge liegen“, begann Mandelberg mit gedämpfter Stimme, wie einer, der ein unangenehmes Geständnis zu machen hat. „Ich brauche Ihnen doch nichts vorzumachen. Sie wissen, wie ich Sie schätze. Sie sind natürlich im Recht, daran ist nicht zu zweifeln. Wenn Sie sich aber nicht entschuldigen, kommt die Bing morgen nicht ins Atelier, und wir sitzen in der Klemme. Außerdem habe ich vierzehn Tage die Halle, hier und zu Hause. Rufen Sie sie an. Telefonisch macht sich das etwas leichter. Sagen Sie ihr ein paar nette

Worte, und alles ist wieder in schönster Ordnung.“

Prager sah auf seine Zigarre, sie war gut, für solche Szenen hatte Mandelberg eine besondere Marke auf Lager, trank seinen Likör, klopfte mit einem Blick des Mitleids Mandelberg auf den Arm, nahm den Telephonhörer, Mandelberg stellte ihm die Kammer. Eine gezeigte schrilte Stimme lang ihm vom andren Ende des Drahts entgegen, aber er setzte eine freundliche Miene auf, bat, ihm doch den gestrigen Vorfall nicht nachzutragen, es war nicht so gemeint, die Nerven seien durchgegangen, es war eben... Als das Gespräch beendet war, ging er, ohne Mandelberg zu grüßen, und murmelte in der Tür ein paar Worte vor sich hin, die Mandelberg nicht deutlich hörte, die aber ganz klangen wie: Pfui Teufel.

Zwischen Eldrid und Ilkar lag in diesen Tagen eine Spannung, ein Unausgesprochenes, Ungreifbares, Trennendes, über das sie nicht hinwegkommen konnten, und das sie auch nicht zu beruhigen wagten. Eldrid wußte, wie eifersüchtig Ilkar auf ihre Erfolge war. Er hatte es sich so schön ausgedacht, daß sie schrittweise nebeneinander gingen, nun führte ihr Weg schneller, und sie ließ ihn ein großes Stück hinter sich zurück. Das konnte er nicht tragen, das verärgerte ihn, das brachte ihn dazu, ihre Arbeit zu verleinern. Sie überhörte die höhnischen Worte, sprach ihm Mut zu, auch ihm werde sich das Tor einst öffnen, hinter dem seine Zukunft lag. Da schalt er sie wieder wegen ihrer großen Worte, ob man in den Dialogen der Lustspiel-Filme denn jetzt diesen Ton eingeführt habe, oder ob sie große pathetische Oper spielte, ihr Talent sei ja so vielfältig. Da blieb ihr nichts übrig als zu schweigen. Sein Jörn verfloß bald, und dann tot er immer, als wäre gar nichts vorgefallen. (Fortsetzung folgt.)



Wischer Dr. Biskovitz: Das wird ihnen auch niemand nehmen.

Böhm (Ang.) argüert den Abbruch von Handelsverträgen mit Deutschland und Jugoslawien.

Die Genehmigungsklausel wird dann noch einem kurzen Protest des Referenten gegen die kommunistischen Angriffe auf Rumänien angenommen.

Als letzter Redner spricht dann

Genosse Dr. Heller

zur Konturs- und Ausgleichsordnung.

Er verweist darauf, daß Konturs- und Ausgleichs ein unrennbares Requisite der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sind und wendet sich gegen die in letzter Zeit hervorretende Vöhrse der Gläubiger, die in jedem Schuldner, der den Ausgleich anmeldet oder in Konturs geht, einen Betrüger und Lumpen sehen. Der Ausgleich soll ja gerade im Gegensatz zum Konturs dem Schuldner die weitere Existenz ermöglichen; dazu müssen ihm aber auch entsprechende Mittel belassen werden. Die Verabreichung der Ausgleichsquote, wie sie die Ausschussfassung vorsieht, entspricht nicht dem Interesse der Gläubiger, geschweige denn dem der Schuldner. In der heutigen Krise wird eine ganze Reihe von Kaufleuten und Industriellen, die unerschütterlich durch die Preisentwertung und durch den mangelnden Absatz in Not geraten sind, bei der 50prozentigen Quote einen Ausgleich nicht abschließen können, besonders nicht, wenn es erbtliche und anständige Menschen sind, die den Ausgleich auch einhalten wollen. Eine Kontursöffnung bedeutet heute aber für den Gläubiger höchstens eine ganz minimale Quote. Redner begründet den Abänderungsantrag der Koalition, wonach die Möglichkeit einer niedrigeren Quote zugelassen werden soll. Dagegen stimmen wir der weiteren Änderung hinsichtlich der Kostenaufrechnung durch die Kreditorenverbände nur mit schwerem Herzen zu, wenn auch hier gewisse Einschränkungen durchgesetzt werden könnten.

mehr als hundertprozentige Steigerung der Zahl der Ausgleichs- und Konturs im letzten Jahre. Die Ziffern für 1930 übersteigen sogar jene der Deflationstabelle! Er kommt in diesem Zusammenhang allgemein auf die Krise und ihre Folgen für die arbeitende Bevölkerung zu sprechen. (Wir geben diesen Teil der Rede an anderer Stelle wieder.)

Der Referent Dr. Hädel begründet dann die nachträglich von den Regierungsparteien eingebrachten Abänderungsanträge, über die wir bereits gestern berichtet haben. Neue Änderungen sind insofern erfolgt, als die Abgabe von den Bezüglern als Konturs- oder Ausgleichsorganisations für Zwecke der Jugendfürsorge mit einem Höchstbeitrag von 5 Prozent festgelegt wird, wobei genauere Bestimmungen einer Regierungsverordnung überlassen werden. Ebenso wird die nähere Festlegung der Bedingungen, unter denen in außerordentlichen Fällen auch ein niedrigerer Ausgleichsangebot als 50 Prozent erfolgen kann (mindestens aber 25 Prozent), einer Regierungsverordnung überlassen. Das Gesetz erlaubt Wirtschaftskrisen drei Monate nach seiner Verkündung, lediglich die Bestimmung über die Erhöhung der Ausgleichsquote tritt sofort in Kraft.

Die Vorlage wurde mit den erwähnten Änderungen in beiden Lesungen angenommen, ebenso eine Resolution der Koalitionsparteien, in der die Regierung aufgefordert wird, mit Rücksicht auf die außerordentlichen wirtschaftlichen Verhältnisse die Verordnung über die Zulässigkeit eines geringeren Ausgleichsangebotes als 50 Prozent erlassen zu lassen. Eine ebenfalls angenommene Resolution des Senators Stolberg verlangt zeitgerechte Steuerbereinigung und beschleunigte Erledigung von Steuererufen durch die Behörden.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege, voranschließlich nicht vor Anfang Februar, einberufen werden.

Brief einer arbeitenden Frau.

Ueber das Elend der Proletarier und den Luxus der Bourgeoisie.

Eine arbeitende Frau, die seit vielen Jahren Abonnentin unseres Blattes ist und die ihren Namen nicht nennen kann, weil sie damit ihre Existenz gefährden würde, ersucht uns um Aufnahme einiger Zeilen, zu denen sie sich durch unsere diensttägige Notiz über das „Montagsblatt“ und die Damen der Prager Gesellschaft angetrieben fühlt. Wir kommen diesem Ersuchen gerne nach, weil es uns nicht nur als Pflicht erscheint, die zum Teile einleuchtenden Gedanken dieser Proletarierin über ein so wichtiges und aktuelles Problem wiedergeben, sondern auch weil diese Gedanken einer vielleicht nicht unnützen Berichtigung und Ergänzung bedürfen.

Hier zunächst der Brief, an dem wir nur einige wenige stilistische Änderungen vorgenommen haben:

Um meine Meinung hat mich niemand gefragt, ob repräsentative Feste in der Zeit der Arbeitslosigkeit sein sollen, oder viele arbeitende Frauen wird meine Meinung vielleicht interessieren.

Ich bin nicht der Ansicht, „auf jeden Fall ausgehen“, oder „wer Geld hat, kann zum Feste fahren“, dessenungeachtet haben aber jene Festlichkeiten doch gerade für uns arbeitende Menschen ihr Gutes. Es wird bei diesen Festen, welche eigentlich nur den Zweck haben, der Eitelkeit der Menschen zu schmeicheln, viel Geld ausgegeben. Aber gerade aus dieser Eitelkeit entspringt eine Quelle der Arbeit für viele Hunderte von uns. Am Feste zu veranstalten, werden alle Arten von Arbeitern gebraucht: vor allem Schneider und Schneiderinnen, Schuhler, Handlanger in Röcken, Kellner, Blumenhändler und viele andere, an die ich mich nicht gleich erinnere. Ich denke bei diesen Versuchen nicht an die Unternehmer, sondern an die Arbeiter, die man dabei beschäftigt, da gerade jetzt sehr viele Arbeiter in oben erwähnten Berufen müßig sein müssen, wenn es auch gegen ihren Willen ist; das kann jeder Arbeiter und jede Arbeiterin bestätigen. Und die Feste bringen allen diesen Menschen Arbeit.

Kann man es nicht richtiger, wenn, statt Feste zu veranstalten, die Beträge, welche diese Kosten, den arbeitslosen Menschen zugeführt würden. Aber keiner dieser reichen Leute würde diese Beträge den Arbeitslosen ganz zuführen, selbst wenn sie durch eine Pflichtsubskription dazu gezwungen würden, und auch dann wäre es noch fraglich, wieviel den Arbeitern davon zugute käme. Ja man könnte von diesem Gelde Arbeiter beschäftigen, aber damit, wenn der Konsum sinkt? Vorläufig können wir es nicht ändern, daß es ganz arme und ganz reiche Menschen gibt, eine Veränderung liegt nicht in unserer Macht und deshalb ist es besser, daß wir Arbeit bekommen, weil wir, die wir arbeitende Menschen sind, Geld ohne Arbeit nie erreichen können. Eine arbeitende Frau.

Die Briefschreiberin hat damit, daß alle festlichen Veranstaltungen Verdienstmöglichkeiten für arbeitende Menschen ergeben, zweifellos recht. Und ebenso richtig ist es, daß die Bourgeoisie, selbst wenn und wo sie, aus einem Reiz von Schamgefühl oder vielleicht auch aus leiser Angst, in der jetzigen Zeit schwerster Krise auf kostspielige Veranstaltungen verzichtet, nur einen geringen Teil der Ersparnis den Arbeitern und den Arbeitslosen zugute kommen ließe. Aber die Schlussfolgerungen, die unsere Briefschreiberin aus diesen Gedankengängen zieht, sind größtenteils irrig. Denn zunächst vermögen wir aus sehr wohl vorzustellen, daß das so dem Luxus entzogene Geld dennoch zu einer Beschäftigung verwendet werden könnte, für deren Ergebnis Konsum vorhanden ist. Anstatt etwa Schneider und Schneiderinnen einen kleinen Verdienst dadurch zu ermöglichen, daß man sie beispielsweise Pallisetten herstellen läßt, könnte man tausende Hände nützlicher beschäftigen, indem man sie Wintermäntel für Arbeitslose, warme Kleider für

leidende Erzgebirgsfinder erziehen läßt. Es ist auch zu erwägen, daß die Luxusindustrie in ihren Rohstoffen zu unverschämtermaßen großem Teile auf die Einfuhr angewiesen ist, und daß beispielsweise an dem Champagner und dem Kaviar, der bei großen Ballen konsumiert wird, arbeitende Menschen überhaupt sehr wenig und bei uns fast nichts verdienen, daß die Geschäfte mit solchen Dingen zum größten Teil wiederum der Bourgeoisie, keinesfalls aber dem Proletariat Geld eintragen.

Das Problem kann aber auch noch von einer anderen Seite beleuchtet werden. Wir wollen es mit einem Beispiel aus der wirklichen Praxis versuchen. Durch einen Zufall wurde uns bekannt, daß ein deutsch-böhmischer Großindustrieller, der wegen des Theatervereinsballes mit Frau und Töchtern, die sich hier ihre Roben herstellen ließen, mehrere Tage in Prag weilte, für diese repräsentative Veranstaltung an die 25.000 K ausgab. Derselbe Industrielle hatte für, vorher die Löhne seiner Arbeiter etwas

Angriff der ostböhmerischen Industriellen auf die Arbeiterlöhne.

Aus Trautenau wird uns berichtet:

Nach vor dem fälligen Kündigungsstermine wurde seitens des Industriellenverbandes der Lohnvertrag für Jute geündigt und den Gewerkschaften folgende Zuschrift überreicht:

„Im Auftrage anderer drei Jutefirmen kündigen wir mit 1. Februar zum Ende jeder 1931 den Lohnvertrag des Jutevertrages vom 18. November 1929. Wir sind bereit, über einen Vertrag auf folgender Grundlage zu verhandeln:

- 1. Richtenerhöhung der halbjährigen Teuerungsausfälle.
2. Wegfall der Stundenlohnzulage vom 26. Oktober 1928.
3. Einmalige Regulierung der Affordläge.
4. Zustimmung der Arbeiter, daß auch bei der Firma Oesterreichers Söhne in Bernsdorf normal die 48 Stunden wöchentlich von Montag bis Freitag abgearbeitet werden.

Als Begründung führen wir neben der Ermäßigung des Verbrauchsmaterials die katastrophale Lage der Juteindustrie an. Der Export hat so gut wie vollkommen aufgehört. Dergleichen wäre ein Verkauf nur bei sehr stark reduzierten Warenpreisen möglich, obwohl schon jetzt beim Verkauf ständig verloren wurde.“

Von dieser Vertragskündigung werden ungefähr 1800 Jutearbeiter betroffen, die in drei Betrieben beschäftigt sind. Das ist der bescheidene Wunschzettel unserer Juteindustriellen, der in der Zeit der Krise erfüllt werden soll, damit sie in der Zeit der Konjunktur noch mehr verdienen können. Diese Betriebe waren bis in die allerletzte Zeit sehr gut beschäftigt und es wurde die Einschränkung der Produktion erst vor wenigen Tagen durchgeführt.

Trotzdem die Juteindustriellen sehr gute Profitjahre hinter sich haben, wurden ihre Arbeiter die ganze Zeit über sehr schlecht bezahlt.

Die Juteindustrie ist die letzte Branche, welche von der allgemeinen Wirtschaftsdpression erlöst wurde und ist die erste Branche im Gebiete, welche zu diesem Lohnangriff gegen ihre Arbeiter übergeht. Die Juteindustriellen wollen anscheinend ihren Kollegen in den anderen Gebieten und Staaten gegenüber nicht zurückstehen und planen bei diesen schlechten Löhnen dasselbe durchzuführen, trotzdem hierfür alle Voraussetzungen fehlen. Die Jutearbeiter haben längst einen Lohnabbau ertragen müssen, und zwar durch die bereits systematisch eingeführten Rationalisierungsmaßnahmen, die eine vermehrte Arbeitsleistung ohne jede Entschädigung brachten. Außerdem wurden einigemal die Affordläge wie die

berabgesetzt. Auf die Frage, was ihm diese Lohnverminderung eintrage, gab dieser Herr den Betrag von monatlich 3000 K an. Also ein dreiviertel Jahr hätten die Arbeiter dieses Fabrikanten ihre ohnehin schlechten Löhne auf dem früheren Stand erhalten können, wenn der Fabrikant und seine Familie die Summe, die sie in den Theaterball hineinstedten, für seine Arbeiter verwendet hätte! So steht in der Praxis der Verdienst aus, der Proletariern durch repräsentative Veranstaltungen der Bourgeoisie zugewendet wird. Tausenden werden Lohnkronen genommen, damit das Bürgertum sich unterhalten kann, wobei es ganz ohne jede soziale oder auch nur Wohlthätigkeitsabsicht ein paar lumpige Heller denen zustehen läßt, die ihm den Luxus bereiten!

Richtig ist, was unsere arbeitende Frau zum Schluss sagt, daß wir nämlich die Macht noch nicht haben, um solchem verderblichen Chaos entgegen zu wirken. Aber ändern wollen und müssen wir es, daß es „ganz arme und ganz reiche Menschen gibt“ und wir werden es umso eher vermögen, je mehr die Proleten so ernsthaft über diese Dinge nachdenken wie unsere Briefschreiberin.

geringen Ueberverdienste abgebaut, was hauptsächlich von dem rationalisierten Ertrichbetriebe in Jungbunzlitz zutrifft. Von dieser Firma dürfte wohl auch die Initiative zu diesem Angriffe ausgehen. Die Juteindustriellen mögen sich jedoch merken, daß sich die Arbeiter gegen diese Methoden energisch zur Wehr setzen werden. Auch wird es notwendig sein, daß die maßgebenden Regierungskreise, baldigt zu geregelten Wirtschaftsverhältnissen mit den anderen Staaten kommen mögen, da das bisherige Chaos zum wirtschaftlichen Ruin und mithin zur weiteren Verelendung der Arbeiter führen muß.

Die Arbeiterkraft der Harrach'schen Glasfabrik auf 14 Tausend geündigt.

Die wegen ihrer feingeschliffenen und reinen Gläser weltbekannte Glasfabrik Harrach in Neuwelt teilt in einem Schreiben an ihren Betriebsauschuss mit, daß sie wegen Mangel an Aufträgen genötigt ist, ihren Betrieb mit 24. Januar auf unbestimmte Zeit einzustellen. Sie behält sich lediglich vor, zur Aufarbeitung noch vorhandener Vorräte einen Teil, von ihr selbst ausgerichteter Arbeiter, über die Kündigungsfrist hinaus auf unbestimmte Dauer zu behalten.

Durch diese Stilllegung werden wiederum an die zweihundert Arbeiter und Arbeiterinnen brotlos gemacht

und es besteht nicht die geringste Aussicht, anderswo Beschäftigung zu finden.

Eine durch die beteiligten Verbände am 13. ds. durchgeführte Intervention verriet, daß hinter dieser offiziellen Firmaerklärung sich noch andere Absichten verbergen. So wird zum Beispiel die Firma in der Hütte Arbeiten durchführen lassen, während welcher Zeit sie den Arbeitern, welche am Ofen arbeiten, eine vertragliche Entschädigung zu entrichten hätte. Des weiteren liegen die Ausführungen des H. Dir. Stuybig erkennen, daß die Wiederaufnahme des Betriebes eine besondere Auswahl der Aufzunehmenden erfolgen wird, wovon bereits heute geschlossen werden kann, daß die der Firma wegen ihrer Organisationsfähigkeit misliebige Gevordenen von dieser Aufnahme ausgeschlossen werden sollen. Damit verbindet die Firma einen gleichfalls frommen Wunsch, und zwar einige Wohnungen frei zu bekommen. Es genügt der Firma nicht, langjährige Arbeiter brotlos zu machen, man glaubt, sie auch noch in dieser schweren Zeit aus der Wohnung auf die Gasse werfen zu können.

Jeremy.

Die Romane Hugh Walpole's.

Von Harold Braun.

Die Bekanntheit mit Jeremy, — ja, das ist eine Sache, die in eine Zeitung eigentlich gar nicht hineingeht. Das ist eine höchst persönliche Angelegenheit, die das Beschriebene und Gedrückte nicht vertritt. Wir müssen uns erst darauf besinnen, daß Jeremy eigentlich eine Romanfigur ist und also im rationalen Sinn „nichtexistent“. Er war so elferzig aus den Büchern seines Erfinders Hugh Walpole herausgestiegen und hatte Fleisch und Blut angenommen, daß wir ihn schon lange zu kennen glaubten. Und im Grunde glauben wir das immer noch. Er gewinnt immer neue Jäger und erlebt immer neue Abenteuer, er wächst über den papierernen Rahmen seines Ursprungs immer mehr hinaus ins Leben hinein.

Es kommt nur selten vor, daß Romanegehalt sich so lebhaft aus den Druckseiten lösen und mit uns eine selbständig fortschreitende Freundschaft eingehen. Tom Buddenbrook etwa und Thomas Manns Roman, die unverwundlich herzensfrohe Tochter eines müden Bauers, die bis in ihre Großmutter hinein der kindhafte Vorfisch blieb, ist doch eine Figur, die in unserem Vorstellungskreis deutlicher und lebendiger Jäger gewinnen kann als vielfach existierende „reife Bekannte“. Und es kann einem geschehen, daß man ernsthaft darüber nachdenkt, oder mit Freunden darüber spricht, wie dieser oder jener Mensch sich in dieser oder jener Ent-

scheidung verhalten würde, — obwohl es sich „nur“ um Romanfiguren handelt. Es wird hier etwas von dem Sinn der tiefsten literarischen Realität lebendig, deren Gründe immer unerklärlich bleiben werden. Denn literarische oder epische Kategorien wirken nicht entscheidend mit; das Geheimnis des Lebendigen hat dunkleren Ursprung.

In solcher Realität steht auch Jeremy Cole. Man kann sich dabei erlauben, auf der Erzählung einem struppig-drolligen Köder nachzugehen, der Jeremys Hundekamerad „Hamlet“ ähnlich sieht, und darauf zu warten, daß nun um die nächste Strohkunde auch das stubanäßige, rotbackige, treuherzig verhängelte Gesicht Jeremys liegt. Wir würden uns nicht ein bißchen darüber wundern. Wir würden auf ihn zugehen, „Hallo, Jeremy!“ zu ihm sagen und unseren Arm um seine Schultern legen.

Damit ist eigentlich das Wichtigste gesagt. Denn was sollte man noch folgen? Sollen wir Jeremy „literarisch“ betrachten? Er würde uns anklagen und davonlaufen, ehe wir damit begonnen hätten. Allenfalls läßt sich über seinen Erfinder und über den Kreis seiner Abenteuer etwas sagen.

Wir sind gewohnt, mit dem Bilde eines englischen Romanciers die formvollendete Röhre des Gentleman zu verbinden, der gemäßigten auch in seinen Sünden Englos und weiße Samaschen trägt. Die Gestalt Galsworthys steht vor unseren Augen und die überlegene Distanz, mit der er die Liebe zu den eigenen Romanegehaltens diskret entpersönlicht. Man hat ihn oft mit Walpole verglichen, und doch weiß gerade die Gestalt Jeremys auf die Unterschiede hin. Auch Galsworthy hat

eine bezaubernde Jungensgestalt geschaffen, den kleinen Jon, der etwa 100 Seiten der „Forsyte Saga“ hindurch die Handlung dieses Werkes bestimmt. Aber Jon ist ein moderner Pitte Lord Hannikeron, rührend und gepflegt, ein Bastardbild gedämpfter Fortes. Jeremy ist ein Hund mit schmutzigen Händen und zerfetzten Hosen, krabbelnd und sommerproppig, verwegend und weich. In diesen beiden Kindertypen kennzeichnet sich die Eigenart ihrer Erfinder: Galsworthy hat die Finis, Walpole hat die Bewegung. Walpole ist demischer.

Die drei Bände aus Jeremys Lebensgeschichte (Engelhorn, Stuttgart, brosch. je RM. 3.50, geb. je RM. 7.50) sind in sich abgeschlossen, liegen aber in einer sich fortsetzenden Entwicklungsreihe. Das erste Buch ist eine Chronik äußerer Kindererlebnisse, Bilder aus dem Leben eines acht- und neunjährigen, voll Schwung und Charme, mit kleinen Ideen und bunten Träumen, mit spöttigen Sprüchen und stillem Intschümeinhorchen: Jeremy leht — und hier bewährt sich Walpoles Pöhligkeit, die Welt vom Kinde her zu betrachten — in des Lebens anders hinein als die Erwachsenen, eine Erkenntnis, die halb Befriedigung, halb ein Gefühl von Einsamkeit in ihm ruhmriest. Die zweite Hauptrolle neben ihm spielt „Hamlet“, der im zweiten Band sogar selbständig ein eigenes prachtvolles Kapitel bestreitet, sein kleiner, schwarzer, horstiger Hundegeselle; und dann sind die Schwärmer da. Man darf allen, ein Meisterstück psychologischer Kindesgestaltung: gehemmt, bekräftigt, verabsäumt — neben ihnen die bürgerlich schlichten, lebensmüde unentimentalen, ein wenig zu „erwachsenen“ Eltern, Onkel Samuel senior, der von Absonderlichkeiten unmiterrerte heiligeheiligte Walter-Onkel, und eine Fülle

anderer Personen: alle nur Anlaß und Hintergrund für Jeremy. Im zweiten Band („Jeremy und sein Hund“), der für mich der schönste ist, ist er dann schon aus den kleinsteu Minderheiten herausgewachsen und beginnt ein Charakter zu werden. Das Psychologische wird verflort und maßt den Leser zum längeren Verweilen. Allmählich gewinnt Jeremy Abstand und Urteilsvermögen und damit die deutlicher ersichtliche Einsamkeit. Die Welt mit ihrer Herzenträgheit und ihren wunderlichen Sitten wirft die ersten Schatten über das kristalline selbstverständliche Bild, als das Jeremy bisher allein das Leben kannte. Aber sein Mut zum Abenteuer und zur Gerechtigkeit, und seine Zärtlichkeit, ja sein „mütterlicher Instinkt“ für alles Unterdrückte sind nicht unterzukriegen — es wird sein Schicksal bestehen, so lauber und brav, wie er die Freundschaften und Feindschaften seiner Schulzeit bestand; der dritte Band, „Jeremy auf der Schule“, zeigt ihn uns im lebendigen, bunten Rahmen des englischen Internats. Die typisch angelländische Umwelt dieses letzten Bandes macht uns Jeremy etwas fremder. Er ist nicht mehr so unmittelbar bei uns wie in den ersten beiden Büchern; er ist auf Reisen gegangen, so kommt es uns vor, und wir mußten zu Hause bleiben und sehen ihn nur von ferne seinen Weg weiter gehen. Das große Leben nimmt ihn auf.

Diese Jeremy-Bücher werden Alten und Jungen in gleicher Weise wertvoll werden. Die Eltern lernen darüber ihre Kinder besser verstehen, und die Kinder werden über einer spannenden, fröhlichen, ja abenteuerlichen Bekante unversehens vor lebensbildnerische Kräfte gestellt. Und beide gewinnen einen Freund, — „Hallo, Jeremy!“







Genosse Julius Röttrich, der Obmannstellvertreter der Prager Bezirksorganisation, der, wie wir berichteten, in der Woche einen bösen Unfall auf dem Benzelsplatz erlitt, ist, wie wir erfreulicherweise vernehmen, bereits fast ganz wieder hergestellt und befindet sich seit Dienstag in häuslicher Pflege.

**Einzug des Autos auf den Bermudas-Inseln.** Auf der Insel Hamilton, welche der Gruppe der Bermudas-Inseln angehört, war bisher die Verwendung von Kraftwagen aller Art verboten. Die erste Durchbrechung dieses Verbotes wurde nunmehr durch den Beschluß der Provinzialversammlung unternommen, durch die Verwendung von Automobilen bloß Kertzen erlaubt wird.

**Sonderzug ins Adlergebirge.** Die Staatsbahndirektion Prag-Süd expediert in den Tagen vom 31. Jänner bis 1. Februar einen Sonderzug für Skifahrer, Robler und Touristen in das Adlergebirge. Abfahrt Prag-Wilsonbahnhof 31. Jänner, 14.30 Uhr. Ankomst 1. Februar, 22.30 Uhr. In dem Preis von K 100.— sind die Fahrten nach Hochalm, Nachimahl, Nachfolger mit Beheizung, Frühstück, Mittagessn, Unfallversicherung und Begleitungshonorar inbegriffen. Vormerke mit Angel von K 20.— und Einschreibebühr von K 2.— nimmt die Kasse Nr. 13 am Wilsonbahnhof entgegen.

## Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

### Neues Gewerkschaftsgesetz in England.

(S. G. B.) Als die Regierung Baldwin im Jahre 1927 ihr berichtigtes Anti-Gewerkschaftsgesetz zur Annahme brachte, zeigte sie, daß sie in ihrem arbeiterfeindlichen Verhalten hinter den reaktionären Regierungen anderer Länder nicht zurückbleiben wollte. In hartnäckigem Kampf haben sich seitdem die Gewerkschaften gegen dieses Anbelgesetz gewehrt. Nun liegt endlich dem Unterhaus ein Gesetzentwurf vor, der die alten Freiheiten wieder einführen soll. Er ist so eindeutig, daß er den schärfsten Widerspruch der Reaktion hervorrufen muß und zu ernststen Konsequenzen führen kann. Obwohl der Generalkonvent des Britischen Gewerkschaftsbundes seine Stellungnahme erst Ende des Monats bestimmen wird, teilt „The Industrial Review“, das Organ der britischen Landeszentrale, schon jetzt mit, daß sich die Gewerkschaften mit den sie betreffenden Klauseln im Prinzip einverstanden erklären können. Das Blatt glaubt aber auch, daß es einen scharfen Kampf abgeben wird. Es schreibt in diesem Zusammenhang u. a.:

„Es besteht nicht der geringste Zweifel darüber, daß ein ernstes Treffen unvermeidlich ist. Die Rechte, die die konservative Partei im Jahre 1927 so läßig fand, als sie den Augenblick der endgültigen Zerstörung der Gewerkschaften für gekommen glaubte, hat im Jahre 1929 ein bitteres Ende genommen. Die Bestimmungen des nun vorliegenden Gesetzentwurfes sind sicher nicht dazu angetan — und haben auch nicht den Zweck — die Enttäuschung der konservativen Partei in irgendwelcher Weise zu mildern. Kurz gesagt: der Gesetzentwurf stellt einen ernsthaften Versuch dar, die Gewerkschaften von den Ketten zu befreien, mit denen sie durch das Gesetz des Jahres 1927 gefesselt wurden. Er stellt die Handlungsfreiheit wieder her, deren sich die Gewerkschaften vor dem Jahre 1927 erfreuten. Er gibt eine neue Deutung der Gesetzmäßigkeit oder Ungegesetzlichkeit der Waffe des Streiks. Unter angebrachten Vorbehalten wird das Recht der direkten Erhebung des politischen Beitrages wieder eingeführt. Das für die Staatsbeamten eingeführte Verbot des Anschlusses an den Gewerkschaftsbund und an die Partei wird aufgehoben. Endlich wird örtlichen Behörden neuerdings das Recht zuerkannt, die Vergabe von Arbeit von der Mitgliedschaft bei einer Gewerkschaft abhängig zu machen. Benutzt ist die Vorlage so gefaßt worden, daß die Vorkämpfer der Reaktion im parlamentarischen Kampf die Linie des größten Widerstandes einzunehmen d. h. sich deutlich auszusprechen haben.“

## Die deutsche „Dähilke“.

Von Georg Schmidt. N. d. N.

Seit zwei Jahren wird über die Dähilke viel geredet und noch mehr geschrieben. Als im März v. J. das Osthilfegesetz beraten wurde, sagte der Deutschnationale Hergt: „Wenn es brennt, dann muß man vor allen Dingen erst einmal löschen“, und „Wer schnell gibt, gibt doppelt“, denn die Rot im Osten sei tiefengroß.“

Durch die Auflösung des Reichstages laut das geplante Osthilfegesetz nicht zustande und die Osthilfe wurde in kleinerem Umfang auf dem Wege der Notverordnung in Kraft gesetzt. Im Juli v. J. nahmen die Landtage ihre Tätigkeit auf. Die Landtage wurden durch mehrere Veröffentlichungen aufmerksam gemacht, daß die Landstellen auf Anträge wegen der Umschuldung warten.

Im Rahmen der Osthilfe, die dem verflochtenen Reichstag vorlag, waren 600 Millionen für die Umschuldungssaktion vorgesehen, die von der Rechten natürlich als gänzlich unzulänglich bezeichnet wurden. Man konnte daher annehmen, daß die Anträge auf Bewilligung von Umschuldungskrediten massenhaft einlaufen würden. Dies war aber verständlicherweise nicht der Fall. Bis Ende Oktober 1930 wurden bei allen Landstellen nur insgesamt 120 Millionen

# Um das Schicksal der deutschen Theater in der Tschchoslowakei.

## Ein Appell an alle Werttätigen. — Konkrete Forderungen.

In der letzten Zeit haben sich mehrere von unserer Partei veranstaltete Beratungen unter Teilnahme von sozialdemokratischen Vertretern verschiedener Städte der Republik, in denen sich deutsche Theater befinden, und unter der Teilnahme von Vertretern des Bühnenbundes in der Tschchoslowakischen Republik mit der akuten Theaterfrage beschäftigt. Das Ergebnis dieser Beratungen wird in folgenden Ausführungen zusammengefaßt.

Schwere Krise in Wirtschaft und Politik lastet auf aller Welt, die schwerste Krise seit den Schreckensjahren 1914 bis 1918. Immer unsicherer erweist sich das herrschende System, sich selber im Gleichgewicht zu erhalten, den arbeitenden Menschen Nahrung und Leben ausreichend zu sichern. Selbstverständlich, daß in solch drangvoller Zeit auch der Entwicklung von Geist und Kultur Gefahr droht. Der Großteil des Bürgertums, die Lehren seiner eigenen Vergangenheit vergessend, scheint davon die Augen zu verschließen und unterläßt das, was in seiner Macht liegt, zu tun, diese Gefahr zu bannen und dem Verfall der geistigen und kulturellen Entwicklung entgegenzuwirken. Es erlahmt in Wissenschaft und Kunst; das Proletariat hat im Kampf um die Macht zur Verteidigung der bisher errungenen Positionen, in dieser Periode der Massenarbeitslosigkeit um die nackte Existenz kämpfend, nur einen Bruchteil seiner Kraft frei, um die bedrohten Kulturgüter und Kulturstätten der Nation zu schützen. Aber

### diesen Werten und Stätten droht Verwahrlosung und Verödung,

wenn sich nicht die große Masse der Nation, und das sind die arbeitenden Menschen ihrer annehmen. Es ist unsere Aufgabe, diese Stätten zu erhalten und der Arbeiterklasse dort den uns als der Reichtum der Nation gebührenden Einzug zu sichern.

Zu diesen kostbaren Kulturgütern gehört mit in erster Linie das Theater, das überall von der allgemeinen Krise besonders betroffen wurde. Das Bürgertum, das das Theater immer mehr als eine von hundert Vergnügungstätten betrachtet, zeigt weder Reue noch Kraft, das Theater zu erhalten; das Proletariat, vielfach ausgeschaltet von jeder Mitverwaltung und Mitverantwortung, besitzt zur Zeit organisatorisch nicht die Möglichkeit, materiell nicht die Macht, das Theater aus eigenen Kräften zu erhalten, um es im Sinne seiner Ideen aus- und auszubauen.

Aber das Theater braucht dringender denn je das Proletariat als diesen erhaltenden Faktor. Theaterkrise bedroht auch bei uns die Existenz vieler Bühnen, bringt Gefahr von Sperrungen, Spielzeitverkürzungen und Personalabbau mit sich. Jede solche Maßnahme müßte sich folgenreich für Kunst und Künstler auswirken, würde das Niveau unserer Sprech- und Opernbühnen noch weiter senken. Und dies zu einer Zeit, in der auch ein blühendes Theater unter dem Wettbewerbs des Films und des Radio zu leiden und zu kämpfen hat. Insbesondere der Film, und da wieder insonderheit der Sprech- und Tonfilm, erweist sich als ernstester Konkurrent des Theaters. Eine Konkurrenz, der das Theater nur Herr werden kann und der es aber auch Herr werden wird, wenn es sich seiner einzigartigen Mission, seiner unerlässlichen künstlerischen Aufgabe, des eigenen Weges bewußt wird, den keine andere Kunstgattung erfolgreich neben ihm beschreiten kann:

das Theater muß die Anstalt bleiben, die mit dem lebendigen, körperlichen, gesprochenen oder gesungenen Wort jene unmittel-

bare und kraftvolle, seelische und geistige Erhebung und Erschütterung auszulösen, jene sittliche und gedankliche Erziehung zu leisten vermag, die kein Wunder der Technik ersetzen, keine idealste Filmvorstellung, keine vollkommenste Rundfunkübertragung vermitteln kann.

Nur das Theater kann und muß in voller Größe und Wirkung Wort und Ton unserer Klassiker im Drama, in der Oper, im Musikdrama, aufleben lassen, Wort und Ton auch der Dichter und Lieddichter unserer und der kommenden Zeit.

Diese Kunst, diese unvergängliche Theaterkunst, sich zu erheben, sie auszugestalten und umzugestalten, kann in erster Linie nur Aufgabe des arbeitenden Volkes, der kulturhungrigen Arbeiterklasse sein, die das Erbe der Bürgerkulturen aller Zeiten zu verwalten und um das Kulturgut einer neuen Zeit zu bereichern hat. Wir dürfen uns nicht mit der Feststellung bürgerlicher Schuld am Niedergang des Theaters begnügen und abseits stehen mit dem Hinweis darauf, daß ja bisher die Bourgeoisie fast völlig allein für das Gedeihen der Theaterkunst verantwortlich war und darum auch für seinen Niedergang die Verantwortung trägt. Wir dürfen es auch nicht dabei bewenden lassen, daß der Staat, daß Länder, Bezirke und Gemeinden, heute noch vorwiegend in den Händen des Bürgertums, ihre Pflicht gegen das Theater nur zu geringem Teile erfüllen und daher ihnen allen die Schuld an der Gefährdung und an dem drohenden Niedergang des Theaters angelastet werden müsse. Wir müssen vielmehr selber mehr als bisher dafür sorgen, daß Staat, Land, Bezirk und Gemeinde ihre Pflichten gegen das Theater erfüllen und zu erfüllen in der Lage sind. Wir haben uns mehr als bisher dafür mitverantwortlich zu halten, daß dem Theater gegeben wird, was des Theaters ist, wo und so lange dieses aus eigener Kraft sich zu erhalten nicht imstande ist. Es kann übrigens nicht die Aufgabe des Theaters sein, ein materielles produktives Unternehmen zu sein, sondern das Theater muß in erster Linie ein geistig und moralisch produktives Unternehmen bleiben oder werden, dessen Erhaltung und Förderung Aufgabe der gesamten Nation und des gesamten Gemeinwesens, also vor allem des Staates ist wie etwa die Schule.

Sollen wir aber die Mitwirkung tragen, dann müssen wir auch mitverwalten! Dann müssen die arbeitenden Menschen Macht und Möglichkeit haben, auf die Entwicklung der Theater tätigen Einfluß zu nehmen und ihre künstlerische und kaufmännische Gebarung zu kontrollieren, gemeinsam mit jenen arbeitenden Menschen, deren Existenz an das Theater gebunden ist, mit den Künstlern, den Musikern, den Technikern des Theaters und mit ihren gewerkschaftlichen Vertretungen. Das Theater muß ein Stück Selbstverwaltung des Volkes im Gesamtsinn des Wortes werden, darf nicht in den Händen einzelner bleiben, die es vielfach jetzt noch und zumeist nicht glücklich betreuen, die auch das Theater nur als eine Quelle des Profits oder privater Einflüsse betrachten. Bei aller Anerkennung der Krisenursachen, die auch beim Theater in der allgemeinen Wirtschaftskrise und in den neuen Phänomenen und Problemen der Technik liegen, muß doch auch festgestellt werden, daß vielfach Unfähigkeit, Unfähigkeit der Führung, nicht einmal immer durch Geschäftstüchtigkeit ersetzt, Mitschuld an den freudenhaften Zuständen der Theater tragen.

Die erste wirtschaftliche Lage der meisten deutschen Theater im Staat und die Gefahr ständig sinkenden Niveaus ruft die Arbeiterschaft auf den Plan.

Wenn sie dort erscheint, tut sie es unter Opfern, denn unsere Kraft ist auf allen Gebieten gerade jetzt doppelt und dreifach in Anspruch genommen. Aber die arbeitenden Menschen müssen dieses Opfer bringen, im Bewußtsein der Kulturaufgaben des Sozialismus, im Hinblick auf die in unserer ungeistigen Zeit wachsende geistige Bedeutung des Theaters, im Kampf gegen den Ungeist, dessen eine von hundert Seiten eine rückwärts gewendete Zensur ist, im Interesse schließlich jener, deren Brot das Theater ist und deren Existenz aufs schwerste gefährdet erscheint.

In diesem Sinn rufen wir die verantwortlichen Genossen zu erhöhtem Interesse für das Theater und zu dem Entschluß auf, sich zur Arbeit, zur Mitverwaltung, zur Mitverantwortung zu rüsten und an ihrem Platz alles zu tun, um einer Krise auch auf einem Gebiet Herr zu werden, das für den geistigen Sozialismus heute schon, mehr noch aber in der Zukunft, eine unveräußerliche Welt bedeuten muß.

### Unsere konkreten Forderungen.

Im Staat und in den Ländern ist mit Energie und unbeirrbarer Ueberzeugung dafür Sorge zu tragen, daß

1. die öffentlichen Mittel zur Erhaltung und Förderung dieser wichtigsten Kunststätten des Volks in ausreichendem Maß stehen und daß sie
2. aber auch gerecht stehen, für eine Nation wie für die andere.

Diese Mittel sind vorhanden. Denn aus neuen und neuesten Kultur- und Unterhaltungsmitteln, wir erwähnen hier nur Film und Radio — erfließen dem Staat, den Ländern, Bezirken und Gemeinden Steuerumlagen, von denen nur ein verschwindender Bruchteil der Kunst rückvergütet, nämlich in Form von Subventionen an die Theater rückgezahlt wird. Zum Beispiel ergeben die 1800 Kinos in der Tschchoslowakei mit ihren 538.000 Sitzplätzen schätzungsweise einen jährlichen Steuerbetrag von 150 Millionen Kronen. Ein Drittel dieses Betrages würde genügen, um alle notleidenden Theater in der Republik, ohne Ansehen der Nation, zu sanieren und zu wirklichen Kulturinstitutionen zu gestalten.

Diese Summe von 50 Millionen Kronen müßte in einem Kulturfonds vereinigt werden, dessen Verwaltung Aufgabe gemeinschaftlicher, nationaler, demokratisch zusammengesetzter Theaterräte wäre.

Was unsere Partei anlangt, so ist deren Macht, ihrer zahlenmäßigen Stärke entsprechend, dafür einzusetzen, daß den Arbeitern und Angehörigen der Partei die entsprechende Mitbestimmung auf das Theater eingeräumt werde.

Es gilt das Theater wirtschaftlich und geistig frei zu machen. Auch der Kampf um das Theater ist ein Stück Revolution. Wir leisten damit wertvollsten Dienst nicht nur der Kunst, dem Volk und den Künstlern, sondern auch den besonderen Zielen der proletarischen Bewegung, dem Sozialismus.

Genossen und Genossinnen, verkennt ob der schwer auf euch lastenden Wirtschaftskrise nicht die große Bedeutung dieser Kulturfrage für die Gegenwart und Zukunft der Arbeiterklasse! Gerade der Sozialismus, der eine bessere Gesellschaftsordnung schaffen will, muß und wird auch der Wahrheit aller Kulturgüter der Menschheit sein! Nicht nur ein größeres Stück Brot brauchen wir, sondern auch unseren Anteil an dem geistigen Schaffen, seelische Erhebung, Miterleben in der Kunst. Deshalb rufen wir auf zur Mitarbeit an diesem Stücke unseres Befreiungskampfes aus kapitalistischer Unkultur!

für die Umschuldung angemeldet, also nur der fünfte Teil.

Die Zentralstelle der Dähilke ist nun zu einer lebhaften Propaganda übergegangen. Am 11. Dezember 1930 wurde unter anderem folgende Notiz veröffentlicht:

„Die Osthilfe bei der Reichsanleihe teilt mit, daß sowohl die Geldmittel wie die Präfungseinrichtungen nur darauf warten, den Betrieben helfen zu können, daß aber seit Beginn der Anmeldung vom 10. September bis 8. Dezember v. J. insgesamt erst 551 Anträge mit den erforderlichen Unterlagen eingegangen waren. Finanzell dürften jene 351 Anträge kaum mehr als 10 Millionen ausmachen, während der Gesamtbedarf noch den vorausgegangenen vorläufigen Anmeldungen auf 300 bis 400 Millionen geschätzt wird.“

Am 30. Dezember 1930 hieß es in der Presse in einer neuen Information, daß die Organisationen der Osthilfe in der letzten Zeit eine recht lebhafte Tätigkeit entfalten: „Die zunächst etwas spärlich fließenden Anträge auf Umschuldung sind nun in größerer Zahl eingegangen und drängen jetzt in großen und ganzen bei den Landstellen fast vollständig vorliegen.“ Dann heißt es, daß der angemeldete Bedarf insgesamt noch nicht rund 450 Millionen betrage, wobei die zuletzt angeführte Summe den Bruttobetrag der landwirtschaftlichen Schulden darstelle, während der tatsächliche Umschuldungsbe-

darf eine wesentlich niedrigere Summe ausmachen dürfte.

Tatsächlich liegen die Verhältnisse so, daß die großen Bedarfssummen, von 300 bis 450 Millionen, weiter nichts sind, als Schätzungen der Landbünde und der anderen agrarischen Organisationen, die den diversen Landstellen unterbreitet wurden. Es ist beachtlich, daß die Oststelle immer wieder darauf hinweist, daß nach einer Prüfung der tatsächlich eingelaufenen Anträge wesentlich niedrigere Summen herauskommen dürften, das heißt, wenn die Betriebskontrollen einseht.

Man beachte ferner folgendes: Erst hieß es, wenn es brennt, dann muß schnell gelöscht werden. Man redete damals von Tagen und Stunden, die nicht versäumt werden dürften, wenn im Osten die Gefahr in den landwirtschaftlichen Betrieben überwunden werden solle. Nun wird Propaganda gemacht und gesagt, daß man nur auf Anträge warte, um den Betrieben helfen zu können.

Hinsichtlich der bereitstehenden Geldmittel sieht es aber noch sehr bedenklich mit den Summen, die das Reich geben soll. In Wirklichkeit werden vom Reich hinsichtlich der Mittel, die aus der Industriebelastung für das Etatjahr 1931 und 1932 bereitgestellt sollen, nur Versprechungen gemacht. Was gegenwärtig und in absehbarer Zeit geion werden kann, erfolgt nur durch Mittel, die von der Preu-

senkasse und der Rentenbank-Kreditanstalt bereitgestellt werden unter Garantie des Reiches.

Durch die Kritik der Linken, besonders der Sozialdemokraten, in der vergangenen Zeit ist es gelungen, daß die Mittel, die tatsächlich vorhanden sind, einigermaßen gerecht verteilt werden. Die Großgrundbesitzer haben in der ersten Zeit, als zum ersten Male die Osthilfe einsetzte, das meiste Geld geschluckt, und die Kleinbauern haben wenig oder garnichts bekommen. Inzwischen ist es in dieser Beziehung besser geworden, und zwar insbesondere durch die Arbeit der preussischen Regierung, die durch die Preußenkasse die bitter notwendige Betriebskontrolle ausüben läßt.

Weil das Besiegen von Osthilfegeldern zur Auffrischung des privaten Bedarfs und angebllicher Stützung von Betrieben, die naturgemäß den Besitzer wechseln müssen, nun nicht mehr so einfach ist, werden Preußen und die Preußenkasse von den Landhändlern unverkämpt kritisiert. So bezeichnet der Pommerische Landbund schon die Osthilfe als eine Farce, weil in diesen Kreisen alles heruntergerissen werden muß, was von der Regierung für die Landwirtschaft getan wird, auch wenn solche Landwirtschaftsminister ist.



